

Für das Amtsblatt der Stadt Waldenbuch am Freitag, 28.01.2022 + telefonisch

Für die Presse

Für die Homepage

Somacos

Bericht über die letzte öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 25.01.2022

Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin fragte nach, ob auf dem Hallenbadparkplatz ein generelles oder alternativ ein zeitlich begrenztes Parkverbot für Wohnmobile festgesetzt werden kann. Bürgermeister Michael Lutz sagte eine Prüfung durch die Stadtverwaltung, ggf. auch mit dem Ziel der Ausweisung einer Kurzparkzone zu.

Bekanntgaben

Bürgermeister Michael Lutz gab bekannt, dass die Anzahl der Corona-Infektionsfälle aktuell bei 124 Personen liegt. Er dankte allen Beteiligten, die zum erfolgreichen Gelingen der am vergangenen Freitag, 21.01.2022 stattgefundenen Impfkaktion vor Ort im Haus der Begegnung beigetragen haben.

Mehrgenerationenwohnen auf dem Kalkofen; Vermarktungs- und Verkaufsstart beim Mehrgenerationenwohnen auf dem Kalkofen - Informationsveranstaltung am 29. Januar 2022 im Forum der Oskar-Schwenk-Schule

Bürgermeister Michael Lutz begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Marcus Ziegler, Geschäftsführer der Schweizer Immo Projekt GmbH und Herrn Rolf Schneider, Berater der MeVita Pflegedienst GmbH. Herr Ziegler und Herr Schweizer erläuterten den Sitzungsteilnehmern nochmals das Konzept für das Mehrgenerationen-Haus Waldenbuch am Standort Waldenbuch und die weitere Vorgehensweise bei der Vermarktung. Diese sieht vor, dass den bislang 90 vorgemerkten Interessenten durch die Schweizer Immo Projekt GmbH bei gleichzeitigem Versand der Verkaufsunterlagen zeitnah ein persönlicher Beratungstermin angeboten wird. In KW 5 wird das Projekt zudem mit einer Flyer-Beilage in den Stadtnachrichten nochmals örtlich beworben. Der Gemeinderat nahm den aktuellen Sachstand zur Kenntnis.

Anträge der Fraktionen zu Haushaltsplanentwurf 2022/23

Den Entwurf für den ersten Doppelhaushalts 2022/2023 mit den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Städtische Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Waldenbuch hat die

Stadtverwaltung in der Gemeinderatssitzung am 14. Dezember 2021 eingebracht. In der Sitzung des Gemeinderates legten die Gemeinderatsfraktionen der Stadtverwaltung ihre Anträge zum Doppelhaushalt 2022/2023 vor. Auf ein Verlesen der Anträge wurde aufgrund der aktuellen Pandemielage durch fraktionsübergreifenden Konsens verzichtet. In kurzen Stellungnahmen signalisierten die Vorsitzenden aller vier Fraktionen grundsätzlich ihre Zustimmung zum vorgelegten Entwurf für den Doppelhaushalt 2022/2023. Die insgesamt 28 Anträge der Fraktionen zum Doppelhaushalt 2022/2023 werden nachstehend im Wortlaut abgedruckt:

HH-Anträge:

Reihenfolge: FWV, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Anträge der FWV, Freie Wählervereinigung Waldenbuch – Gemeinderatsfraktion:

ANTRAG Nr. 1

Kita- Info- App in städtischen Kindergärten

Die FREIEN WÄHLER beantragen den Einsatz der für Eltern kostenlosen Kita- Info- App für Termine und Nachrichten an die Eltern, die in Steinenbronn seit einem Jahr erfolgreich Verwendung findet. Ebenso im Kindergarten Weilerberg.

BEGRÜNDUNG:

Die Kita- Info- App dient der Information der Eltern für Termine und Nachrichten, insbesondere in der Corona Zeit.

Sie bringt für die ErzieherInnen erhebliche Arbeitserleichterung und spart Zeit. Alle wichtigen Informationen erhalten die Eltern schnell, zuverlässig, direkt und ohne Werbung.

Die Kita App ist datengeschützt und eine ergänzende städtische Zusatzleistung neben anderen privaten Kommunikationswegen wie WhatsApp, Facebook etc., welche Eltern untereinander für Diskussionen und Chats nutzen.

ANTRAG Nr. 2

Verbreiterung Fahrbahn untere Echterdinger Straße auf Stuttgarter Straße zu zwei parallelen Abbiegespuren nach rechts und links

Die Fraktion der Freien Wähler beantragt die Verbreiterung der jetzigen alleinigen Abbiegespur zu zwei parallelen Abbiegespuren.

BEGRÜNDUNG:

Rechts- und Linksabbieger müssen momentan in der Praxis hintereinander auf der unteren Echterdinger Straße warten, um Richtung Dettenhausen oder Steinenbronn abzubiegen.

Deutlich kürzere Haltezeiten würden zwei nebeneinander liegende Abfahrspuren bringen.

Hierzu soll der Grünstreifen und Fußweg am Mylau- Brunnen verändert werden.

ANTRAG Nr. 3

Bestandsaufnahme und Auflistung städtischer Immobilien

Unsere Fraktion beantragt eine Übersicht und Liste von Immobilien und Grundstücken in städtischer Trägerschaft.

BEGRÜNDUNG:

Immer wieder sind im Gemeinderat über Grundstücke und (Wohn-) Objekte im Bestand oder in Planung zu beraten und zu entscheiden.

Für eine fundierte Gemeinderatsarbeit benötigen wir unseres Erachtens einen umfassenden Überblick über alle Objekte sowie über ihren Nutzungszustand.

Wichtig wäre eine genaue Erfassung des jeweiligen baulichen Zustandes und eventueller baulicher Mängel, Angabe eventuell notwendiger Reparaturen / Sanierungen und die dafür angesetzten Kosten und ein dafür geplanter Zeitrahmen.

Dies würde Verwaltung und Gemeinderat helfen, einen guten Überblick über Nutzbarkeit, zu erwartende Kosten, Einplanung von Finanzmitteln und mögliche Aufnahmekapazitäten der einzelnen Objekte zu erhalten und Budgets für die Instandhaltung besser voranzuplanen.

ANTRAG Nr. 4

Neue mobile Geschwindigkeitsanzeige

Die Freien Wähler beantragen aus Gründen der Verkehrssicherheit die Anschaffung einer zusätzlichen mobilen Geschwindigkeitsanzeige.

BEGRÜNDUNG:

Aus Gründen der Verkehrssicherheit und Vermeidung von (oft auch ungewolltem) zu schnellem Fahren wollen wir eine zusätzliche mobile Geschwindigkeitsanzeige für Waldenbuch, um den "Gewöhnungseffekt" der Autofahrer an eine stationäre Anzeigetafel zu verhindern.

Das Gerät mit Appellfunktion sollte wechselnd an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet, wo besonders häufig Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt werden, aufgestellt werden.

Wir bitten um folgende Standorte:

- Untere Liebenaustraße zur Reduzierung eines immer stärker werdenden Schleichverkehrs aus dem Aichtal heraus Richtung Böblingen und die Autobahnauffahrten
- Ramsbergstraße, ebenfalls zur Vermeidung von Schleichverkehr von und nach Tübingen
- vor der OSS
- und an vielen anderen Standorten

ANTRAG Nr. 5

Notfallplan für Waldenbuch muss früher kommen

Damit der Notfallplan für Waldenbuch schneller erarbeitet werden kann, sollen dessen Gesamtkosten von 15.000 EUR bereits 2022 zur Verfügung stehen.

BEGRÜNDUNG:

Die Hochwasser- und Starkregenereignisse im letzten Sommer in Waldenbuch zeigen: Einen Notfallplan zu erstellen duldet keinen Aufschub, denn wer weiß, wann der nächste Notfall eintreten wird.

Deshalb soll der vom Gemeinderat am 27.11.2018 beschlossene Notfallplan schon 2022 – und nicht erst 2023 – fertiggestellt werden.

Dr. Martin Reiter, Leiter des Fachbereichs Katastrophenschutz und Großschadensabwehr an der Landesfeuerwehrschule BW hat erst kürzlich darauf hingewiesen, wie entscheidend es ist, fertige Notfallpläne in der Schublade zu haben, um im Ernstfall sofort reagieren zu können.

ANTRAG Nr. 6

Erneute Veröffentlichung der Starkregengefahrenkarte für Waldenbacher Gemarkung

Die Freien Wähler beantragen: Die Starkregengefahrenkarte von Waldenbuch soll stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gebracht werden. Im Internet, Amtsblatt und social Media soll die Starkregenkarte Waldenbuch vorgestellt und ausführlich erläutert werden.

BEGRÜNDUNG:

So wie es eine Hochwasserrisikokarte für Waldenbuch gibt, gibt es für Waldenbuch auch eine Starkregengefährdungsanalyse seit März 2019. Es weiß nur keiner.

Die Sturzflut im Juni 2021 in Waldenbuch zeigte: nicht das Hochwasser der Aich brachte die Überflutung in der Senke der Altstadt und in der Glashütte, sondern unweatherartige Regenfluten.

Deshalb sollten Bürger vor einem möglichen nächsten Starkregen – und der kommt sicher - für Starkregengefahrenkarten nach Stadtteilen und **ihre deutlichen Hinweise auf Schutzmaßnahmen** sensibilisiert und noch einmal ausführlich informiert werden.

ANTRAG Nr. 7

Verbesserung Linksabbiegung Forststraße in die Liebenaustraße

Der Kurvenradius der Linksabbieger Forst-/Liebenaustraße soll für Lastwagen und Lastwagenzüge mit baulichen Maßnahmen verbessert werden.

BEGRÜNDUNG:

Immer wieder beschädigen linksabbiegende LKW diesen Bereich, fahren das Verkehrsschild um oder beschädigen den Grünstreifen, weil der Kurvenradius zu eng ist.

Wir schlagen die erneute Überprüfung durch die Verkehrskommission vor.

Deren Vorschlag, die LKW sollten einfach nach rechts die Liebenaustraße (Wohngebiet) hinunter abfahren, kann nicht zufriedenstellen.

Zudem fahren viele LKW zur Vermeidung der Abbiegung durch die Oskar- Schwenk- Straße (Wohngebiet).

ANTRAG Nr. 8

Bericht zur nachhaltigen Beschaffung endlich erstellen

Die Freien Wähler wollen den Beschluss des Gemeinderats von 2018 umgesetzt sehen, dass alle 2 Jahre ein Sachstandsbericht „Fortschritte in der ökologischen und fairen Beschaffung“ von der Stadt erstellt werden soll.

BEGRÜNDUNG:

Aus unterschiedlichen Gründen wurde der mit Gemeinderatsbeschluss in Auftrag gegebene Bericht noch nicht erstellt.

Für die Bürgerschaft wie für den Gemeinderat ist die Aktualisierung des Sachstandsberichts von 08/2018 jedoch wichtig.

Deshalb beantragen wir für 2022 die Erstellung und Fertigstellung dieses Berichts.

ANTRAG Nr. 9

Gegen Umweltverschmutzung durch Kippen

In einer der kommenden Gemeinderatssitzungen soll das Thema „Wie vermeiden wir Umweltverschmutzung durch Kippen in Waldenbuch?“ auf die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzt werden.

BEGRÜNDUNG:

Als Beitrag zum Umweltschutz soll auch in unserer Stadt alles getan werden, das Wegwerfen von Kippen zu vermeiden, denn Kippen bestehen aus Zelluloseacetat, das nicht abbaubar ist, und verunreinigen das Grundwasser.

Wir möchten einen **Bericht des Bauhofs** über die *Kippengitter* im Boden, wo und mit welchem Erfolg sie eingesetzt werden.

Gleichzeitig möchten wir die Überlegung „ergänzende oder alternative Anschaffung von sogenannten Kippenboxen“ an stark genutzten Raucherstandorten anstoßen.

Hier wird der Raucher mit Schmunzeln motiviert, seine Kippe in einer Box zu entsorgen.

Erfolgreiche Einsätze: Stuttgart, Heidenheim, Berlin usw.

www.kippster.de

ANTRAG Nr. 10

Verbesserung des Radverkehrs in Waldenbuch und Entwicklung eines Radwegekonzepts unter Beteiligung der Bürgerschaft

Die Ergebnisse des Workshops „*Zukunftsfähige Mobilität für Waldenbuch*“ vom Dezember 2018 sollen mit Beteiligung der Bürgerschaft wiederbelebt und fortgeführt werden. Dabei soll der Schwerpunkt auf ein Radwegekonzept gelegt werden. Gerade mit zunehmender Zahl an e-Bikes wird dieses Thema immer drängender.

BEGRÜNDUNG:

Die angekündigte Fortsetzung des engagierten, gut besuchten Workshops von vor 3 Jahren fand bisher nicht statt.

Auch fehlt nach wie vor ein Radwegekonzept in der Gesamtschau, wenn auch in den letzten Jahren an der ein oder anderen „Stellschraube“ erfolgreich gedreht wurde, d.h. punktuell für Radfahrer kleine Verbesserungen erzielt wurden. Anhand eines zweiten Workshops soll dieser Weg fortgeführt werden.

Hierzu sollen Fördergelder bei Land, Bund u/o Radfahrvereinen beantragt werden. Z.B. beim ADFC, über RADKultur Verkehrsministerium BW usw.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an unseren Haushaltsantrag nach mehr Radständern für Räder und e- Bikes für den Haushalt 2021. Es braucht nicht nur gute Radwege, sondern auch gute Radstände. Vorbildlich am HdB!

ANTRAG Nr. 11

Diskussion im Gemeinderat: Einen Zusatznamen für Waldenbuch?

Die FREIEN WÄHLER beantragen eine offene Diskussion zu dem TOP „Will Waldenbuch einen Antrag auf einen Zusatznamen stellen?“ in einer der kommenden Gemeinderatssitzungen.

BEGRÜNDUNG:

Nach einer Lockerung der Gesetzgebung dürfen seit Januar 2022 bereits 23 baden-württembergische Kommunen eine Zusatzbezeichnung führen. Diese darf auch auf den Ortsschildern stehen.

Ein Antrag an das Innenministerium bedarf einer Dreiviertel Mehrheit im Gemeinderat, um auf einer breiten Basis zu stehen.

Eine offene, spannende Diskussion über interessante Vorschläge aus allen Fraktionen können wir uns gut vorstellen.

„Die Kommunen im Land (...) haben ein eigenes Selbstverständnis und sie prägen damit die Identifikation der Menschen mit ihrem Ort. Mit der Genehmigung von Zusatzbezeichnungen stärken wir ihre Identität, das Zusammengehörigkeitsgefühl vor Ort.“ So Innenminister Strobl. Außerdem werben Zusatznamen mit einem Alleinstellungsmerkmal für ihre Stadt.

Als Beispiel: Wir haben Schlossstadt, Jagdschlossstadt, Schönbuchstadt diskutiert. Waldenbuch ist von (fast) allen Seiten von dem Schönbuch, dem Wald des Jahres 2014, umgeben. Auch seine historischen Wurzeln sind seit Kelten-, Römer- und Herzog- Friedrich-von- Württemberg- Zeiten eng mit dem Schönbuch verknüpft. Ohne den Schönbuch gäbe es kein Jagdschloss, keine ungewöhnliche Stadtkirche, keine historische Altstadt.

Anträge der CDU-Gemeinderatsfraktion:

ANTRAG Nr. 1

Solar-Anlagen auf den öffentlichen Gebäuden – Vorbildfunktion und Einnahmequelle

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Alle noch nicht genutzten Dachflächenpotentiale der öffentlichen Gebäude in Waldenbuch sollen auf ihre Eignung hin überprüft werden, inwiefern eine Photovoltaikanlage installiert werden kann. Nach dem Leitsatz „**Innen vor Außen**“ sind zunächst die Potentiale auf den Dächern innerorts zu nutzen, ehe Agrosolarparks auf wertvollem Ackerland im Außenbereich anvisiert werden.

Haushaltsmittel für die Errichtung von PV-Anlagen auf allen geeigneten Gebäuden in den nächsten vier Jahren sind einzustellen. Es ist eine öffentliche Informations-Veranstaltung für die Waldenbacher Bevölkerung zur Nutzung der Solarenergie durchzuführen.

BEGRÜNDUNG:

Als Stadt haben wir eine Vorbildfunktion in Bezug auf nachhaltiges Handeln. Der Ausbau der regenerativen Energiequellen soll auch in Waldenbuch zügiger voran gehen. Die Novelle des baden-württembergischen Klimaschutzgesetzes fordert eine Solarpflicht auf allen Neubauten, ab 2023 bei grundlegenden Dachsanierungen sowie auf neuen Parkplätzen mit mehr als 35 Stellplätzen.

Die bisher noch nicht genutzten Dachflächenpotentiale der öffentlichen Gebäude in Waldenbuch sollen auf ihre Eignung hin überprüft werden, inwiefern eine PV-Anlage installiert werden kann. Erst kürzlich wurde aufgrund der Anregung der CDU-Fraktion vom Bauamt überprüft und festgestellt, dass sich die Anschaffungskosten einer PV-Anlage in Höhe von 45.000 € auf dem Bauteil 1 der Oskar-Schwenk-Schule innerhalb von 10 Jahren amortisiert. Danach können Gewinne erwirtschaftet werden, die dem städtischen Haushalt als Einnahmequelle zufließen.

Untersuchungen bei allen öffentlichen Gebäuden in der Stadt sind durchzuführen. Bei einer Eignung der öffentlichen Dachflächen (Statik, Exposition, etc.) sollen diese innerhalb der nächsten 4 Jahre sukzessive mit PV-Anlagen nachgerüstet werden. Einiges wurde schon vorbildlich umgesetzt. Wir sehen noch einige Kapazitäten bei den Kindergärten, Sporthallen, Hallenbad, Schule, Feuerwehr, Immobilien der Stadtbau. Die Liegenschaften des Landes bieten weiteres Potential.

Für unsere Mitbürger regen wir zudem eine öffentliche Informations-Veranstaltung zur Nutzung der Solarenergie an. Sonnenstrom kann selbst verwertet oder verkauft werden. Wir denken hierbei allerdings an beides, PV-Anlagen und Thermo-Solaranlagen.

FINANZIERUNG:

Bei Eignung der Gebäude besteht die Möglichkeit, Gewinne zu erwirtschaften sowie einen Beitrag zur Konsolidierung des HH zu leisten.

ANTRAG Nr. 2

E-Ladesäulen im öffentlichen Raum – Förderung der E-Mobilität mit mehr öffentlichen Ladepunkten

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Waldenbuch sollen auf Initiative der Stadt weitere Ladesäulen für Elektroautos installiert werden und bis spätestens Ende des Jahres 2023 mindestens eine **Schnellladesäule**. Insbesondere sind bestehende Versorgungslücken auf dem Hasenhof, dem Weilerberg und in der Glashütte zu schließen. Entsprechende Haushaltsmittel sind einzustellen. Es sind ferner Gespräche mit den örtlichen Tankstellenbetreibern zur Realisierung einer Wasserstofftankstelle im Waldenbuch zu führen.

BEGRÜNDUNG:

Elektromobilität gilt als einer der Schlüssel, um die Klimaziele zu erreichen.

Doch ohne ausreichend Ladestationen bleiben E-Autos schnell auf der Strecke. Das Laden von Elektrofahrzeugen soll überall und jederzeit möglich sein. Aus diesem Grund startete am

24.11.2020 die Förderung privater Ladestationen für Elektroautos an Wohngebäuden. Die damalige Bundesregierung hat für die sog. privaten Wallboxen insgesamt 200 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Installation der Ladesäulen im Privatbereich erfolgt aufgrund der großen Nachfrage allerdings nur sehr schleppend.

Zur Förderung der E-Mobilität sind auch Ladesäulen im öffentlichen Raum dringend notwendig. Die neue Bundesregierung möchte hierzu 1 Mio. E-Ladesäulen aufstellen. In Waldenbuch gibt es bisher nur wenige öffentliche Ladesäulen und noch keine einzige Schnellladesäule (vgl. LT-Drs. 17/723).

Auf dem Hasenhof, dem Weilerberg und der Glashütte besteht eine völlige Versorgungslücke. Weitere öffentlich zugängliche Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge sollen in Waldenbuch gebaut werden (Schnellladepunkte und Normalladepunkte). Die Stadt soll mit den Energieanbietern in Kontakt treten, um das Aufstellen von Ladesäulen zu beschleunigen.

Weiterhin soll überlegt werden, wie die Zukunft mit Wasserstofftankstellen realisiert werden könnte.

FINANZIERUNG:

1. Förderrichtlinie „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland“ vom Bundesverkehrsministerium sowie Förderprogramme des Landes.
2. Durch die Stromanbieter und Fahrzeugnutzer, die als Kunden auftreten.

ANTRAG Nr. 3

Perspektivische städtebauliche Entwicklung Areal Tilsiter-Kindergarten

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In einer Bedarfsuntersuchung soll die perspektivische städtebauliche Entwicklung des Areals Tilsiter-Kindergarten zur Weiterentwicklung zu einem zweiten Mehrgenerationenhaus mit Kindergarten, optional für eine Stadtbücherei und Tiefgarage untersucht werden. Entsprechende Haushaltsmittel sind einzustellen.

BEGRÜNDUNG:

Wir erkennen einen weiteren Bedarf an Kindergartenplätzen (Über 3) und weiteren Bedarf an Seniorenwohnen.

Ein Kindergarten im Zentrum vom Kalkofen, umgeben von gewachsenen Strukturen der Wohnbebauung ist weiterhin wichtig. Eine Aufgabe dieser Mitte würde ein Vakuum im Hinblick auf die Kinderbetreuung darstellen. Hol- und Bringfahrten zu den Kindergärten sind umweltpolitisch zu hinterfragen. Die Nachfrage der Wohnungen im Mehrgenerationen-Haus ist immens. Noch vor Verkaufsstart gibt es schon 90 Interessenten. Sollte die Nachfrage das Angebot im MGH wirklich derart übersteigen, müsste dringend nachgesteuert werden.

Den zentralen Standort unserer Stadtbücherei sehen wir weiterhin auf dem Kalkofen, dem bevölkerungsreichsten Stadtteil, benachbart zur Schule. Sollte je weiterer Bedarf und die uns wirklich in Frage gestellte Finanzierbarkeit für eine neue Bücherei gegeben sein, wäre ein denkbarer Standort hierfür in dieser neuen hoch verdichteten und deutlich höher bebauten Mitte.

Ziel dieser ganzen Bedarfsuntersuchungen könnte ein vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren sein. Das Grundstück befindet sich

bereits im Eigentum der Stadt und ein neuer Kindergarten mit darüber liegendem Seniorenwohnen könnte zum einen wesentlich schneller bebaut werden, wie etwa in der Erweiterung Hasenhofstraße Nord oder in Glashütte-Pförschäcker und stellt andererseits ein höheren Mehrwert an zentraler Stelle dar.

FINANZIERUNG:

Planungsrate für Kindergarten Glashütte halbieren.

ANTRAG Nr. 4 **Vereins-Räumle im Mehrgenerationenhaus**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Vor dem Erwerb von Räumlichkeiten im Mehrgenerationenhaus für Vereine ist eine Bedarfsabfrage der Benutzergruppen sowie daraus folgend eine Rechnung zu Mieteinnahmen und Betriebsausgaben vorzunehmen und dem Gemeinderat vorzulegen.

BEGRÜNDUNG:

Wir erkennen den Wunsch nach einem Vereins-Räumle im Mehrgenerationenhaus.

Bisher ist der potenzielle Bedarf noch nicht ermittelt (wer braucht wann welchen Raum in welcher Größe mit welcher Ausstattung). Derzeit sind lediglich die Anschaffungskosten der Immobilie in HH dargestellt. Wichtig sind aber auch die jährlichen Betriebskosten. Ein „Vereinszuschuss“ in Höhe der Vereinsförder-Richtlinien zur eingeplanten Anschaffungsinvestition des Raumes in Höhe von ca. 500.000 € ist noch nachvollziehbar. Der finanziell nachhaltige Betrieb und somit die ehrliche Kalkulation gerade auch der Einnahmen aus der Vermietung neben den Ausgaben ist uns allerdings wichtig.

FINANZIERUNG:

Vereinsförderung ist wichtig und wird weiterhin gerne unterstützt. Die Miet-Einnahmen und die kompletten Betriebsausgaben incl. der Abschreibung müssen im Vorfeld einer Investition klar und zudem wirtschaftlich sein.

ANTRAG Nr. 5 **Motorrad-Lärmdisplay**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Umsetzung des Lärm-Aktionsplan ist wenigstens ein Motorrad-Lärmdisplay mit Förderung durch das Land anzuschaffen. Entsprechende Haushaltsmittel sind einzustellen.

BEGRÜNDUNG:

Sämtliche Bemühungen und Maßnahmen zur Fortschreibung des Lärmaktionsplanes sind im Stadle im Sand verlaufen. Die Anwohner an den Hauptverkehrsstraßen sind weiterhin dem Verkehrslärm ausgesetzt.

Wenigstens ein vom Land gefördertes Motorrad-Lärmdisplay soll an den sonnigen Wochenenden den Aufenthalt der Bewohner in ihren Gärten ein klein wenig erträglich machen. Durch situationsbezogene Anzeigen sprechen Motorradlärm-Displays Motorradfahrer mit lärm erhöhender oder zu schneller Fahrweise unmittelbar an und fordern zu einer rücksichtvollen Fahrweise auf. Ziel ist es, die Motorradfahrer auf einen zu lauten

Fahrstil aufmerksam zu machen und zu leiserem Fahren aufzurufen. Dazu wird die Aufforderung „Leiser!“, „Langsamer!“ und auch „Danke!“ angezeigt. Die Erfahrungen zu den Lärmdisplays sind durchwegs positiv.

Weiteren Maßnahmen zur Reduzierung von Verkehrslärm sieht unsere Fraktion allerdings nach wie vor als sehr wichtig an.

FINANZIERUNG:

In den Jahren 2019 und 2020 wurden 28 Kommunen bei der Beschaffung von 33 Displays mit einem Fördervolumen von 130.000 € vom Land unterstützt. Die Kosten von ca. 14.000 € abzüglich der Landeszuschüsse sind ein „Nichts“ im Vergleich zu den Planungskosten des Verkehrskonzeptes.

ANTRAG Nr. 6 Sanierung Marktplatz-Brunnen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Marktplatzbrunnen ist bis Ende des Jahres 2023 zu sanieren. Entsprechende Haushaltsmittel sind einzustellen.

BEGRÜNDUNG:

Zum Bild des historischen Marktplatzes gehört auch weiterhin unser Marktplatzbrunnen. Um ihn weiterhin als Mittelpunkt und auch als Osterbrunnen zu erhalten sowie um irreversible Folgeschäden abzuwenden, ist eine dringende Sanierung notwendig.

FINANZIERUNG:

Zuschüsse aus dem Städtebaulichen Sanierungsprogramm.

ANTRAG Nr. 7 Hochwasserschutz in Waldenbuch

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Es sind naturbetonte Überflutungsräume oberhalb der Stadt zu schaffen sowie präventive flankierende Maßnahmen nach dem Schwammstadt-Konzept auf privatem und gewerblichem Grund zu fördern. Notwendige Haushaltsmittel sind einzustellen.

BEGRÜNDUNG:

Hitze, Dürre, Feuer, Stürme, Sturzfluten und Überschwemmungen, die Folgen der Klimakrise sind allgegenwärtig. Auch unsere Stadt wurde im Juni 2021 vom Starkregen und Hochwasser erfasst.

Die wesentlichen Ansätze, um Überschwemmungen und Hochwasser entgegenzuwirken, sind Versickerung, Rückhaltung und Verdunstung von Regenwasser (Schwammstadt-Modell).

Das Bauamt hat zusammen mit dem Wasserwirtschaftsamt eine umfangreiche Liste an Verbesserungsmaßnahmen zum Hochwasserschutz an den Problemstellen des Juni-Hochwassers erarbeitet. Ergänzend hierzu erachten wir es als wichtig, dass Hochwasser schon gar nicht in der Stadt ankommt. Naturbetonte Rückhalteräume (vergleichbar mit unseren großen Rückhaltebecken) entlang der Fließgewässern Aich, Seitenbach,

Brunnenbach, etc. sollen bereits oberhalb der Siedlungen als Retentionsräume für Hochwasser dienen.

Weitere Elemente des Schwammstadt-Konzepts auf privatem und gewerblichem Grund unserer Bürger unterstützen diese Maßnahmen. In den zukünftigen Bebauungsplänen sind diese Elemente verpflichtend aufzunehmen. Wir könnten uns darüber hinaus zum Beispiel eine kommunale Förderung von freiwillig umgesetzten extensiven Dachbegrünungen, Mulden-Rigolen-Versickerungen, Zisternen und Regenfässern, etc. vorstellen (siehe hierzu unsere Rede zum HH 2021).

FINANZIERUNG:

1. Zuschüsse vom Zweckverband Aich für öffentliche Maßnahmen

2. Der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung erhöht die flächenabhängige Niederschlagswassergebühr von versiegelten Flächen um 10 Prozent. Die erzielten Einnahmen werden nach dem Windhund-Prinzip als Zuschüsse vergeben.

ANTRAG Nr. 8 „Aufs Amt in Unterwäsche“

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Alle Verwaltungsdienstleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG-Leistungen) sind bis Ende des Jahres 2022 digital anzubieten. Das Bürgeramt und das Servicebüro sind weiter zu digitalisieren. Entsprechende Haushaltsmittel sind einzustellen.

BEGRÜNDUNG:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Waldenbuch soll Vorreiter sein und diese Frist einhalten. Alle in Waldenbuch angebotenen Verwaltungsleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz sollen deshalb bis spätestens Ende des Jahres 2022 online angeboten werden. So wäre der Besuch im Rathaus auch online und „in Unterwäsche“ möglich. Ein Serviceangebot, welches im Jahr 2022 Standard sein sollte.

FINANZIERUNG:

Gegenfinanzierung durch die Einsparung von anfallenden Ressourcen bei der Bearbeitung von Verwaltungsdienstleistungen vor Ort im Rathaus. Ferner sind Fördermöglichkeiten von Bund und Land zu prüfen.

Anträge der SPD-Gemeinderatsfraktion

ANTRAG Nr. 1 zum Thema „Photovoltaik-Anlagen“ auf städtischen Gebäuden

Die SPD-Fraktion beantragt, die Verwaltung möge prüfen, welche Dächer von öffentlichen Gebäuden in Waldenbuch zur Installation von Photovoltaik-Anlagen geeignet sind und welche Modelle zur Finanzierung möglich sind.

BEGRÜNDUNG:

Der Ausbau der Stromproduktion aus PV-Anlagen leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur dezentralen Energieversorgung.

Öffentlichen Gebäuden kommt hier eine Vorbildfunktion zu. Wir sehen diesen Antrag als Ergänzung zu unserem Antrag „Klimaschutz 2030“, den wir zum Haushaltsplan 2021 eingebracht haben.

ANTRAG Nr. 2

Wiederholung und Ergänzung: Erstellung eines Notfallkonzepts

Die SPD-Fraktion beantragt die Erstellung eines Notfallkonzeptes zum Schutz der Bevölkerung

BEGRÜNDUNG:

Wie das Hochwasser im letzten Jahr gezeigt hat, gibt es Situationen, in denen die Stadt schnell handeln muss – und die Bürgerinnen und Bürger rasch informieren muss. Dafür braucht es ein Notfallkonzept der Verwaltung.

Für den Haushalt 2019 hatte die SPD-Fraktion einen Antrag auf Erstellung eines Notfallkonzeptes

für den Ausfall des öffentlichen Stromnetzes gestellt. Am 27.11.2018

wurde vom Gemeinderat beschlossen, dafür 10.000 Euro in den Haushalt 2019 einzustellen.

Hintergrund war ein längerer Stromausfall in Waldenbuch am 4.4.2018.

Da die am 27.11.2018 vom Gemeinderat für den Haushalt 2019 beschlossenen Mittel mittlerweile anderweitig ausgegeben wurden, stellen wir den - erweiterten - Antrag für den Doppelhaushalt 2022/2023 erneut.

Vorrangig geht es darum, eine vorausschauende Planung für verwaltungsinterne Abläufe im Falle von Katastrophen aller Art zu schaffen sowie Pläne für die Information der Bürger/innen zu erstellen, z.B. über die Homepage der Stadt und demnächst über die flächendeckend neu zu installierenden Sirenenanlagen.

Ein weiterer Schritt sollte die Erstellung einer Stabsdienstordnung gemäß VwV Stabsarbeit sein.

ANTRAG Nr. 3

Wiederholungsantrag: Die SPD-Fraktion beantragt die Einsetzung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Klimaschutzkonzepts 2030

BEGRÜNDUNG:

Bereits in ihrem Antrag zum Klimaschutz für den Haushalt 2009 stellte die SPD-Fraktion fest: „Der Klimawandel ist langfristig eines der größten Probleme, dem die Weltgemeinschaft gegenübersteht.“ Daran hat sich leider bis heute nichts geändert.

Mit dem Beschluss des Gemeinderats und der Umsetzung des European Energy Awards wurde in der Folge vielfältige Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen, die nachhaltig bis heute wirksam sind.

Mittlerweile erfordern die geänderten Rahmenbedingungen aber eine Neu-Konzeption für die kommenden Jahre. Um eine breite Unterstützung im Gemeinderat und in der Bevölkerung zu gewährleisten, beantragt die SPD die Einsetzung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe (ähnlich dem Energieteam im EEA-Prozess), die unter Leitung des Nachhaltigkeitsbüros und in Zusammenarbeit mit der KEA sowie der Lokalen Agenda ein für Waldenbuch geeignetes Klimaschutzkonzept (weiter-)entwickelt. So kann die Expertise der Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden und die Vorschläge sind praktisch umsetzbar.

Mit der im Doppelhaushalt 2022/2023 vorgesehenen Personalstelle für Nachhaltigkeit ist eine Koordination der „Taskforce Nachhaltigkeit“ gewährleistet. Erste Schritte können sowohl mit den Bürger*innen als auch in der Stadtverwaltung direkt umgesetzt werden. Vorbild und Unterstützerin dafür kann die Hochschule für

Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen sein.

ANTRAG Nr. 4

Mitgliedschaft im Hospizverein Region Böblingen-Sindelfingen

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dem Hospizverein Region Böblingen-Sindelfingen e.V. beizutreten.

BEGRÜNDUNG:

Die Gesellschaft altert immer schneller und immer häufiger stellen sich am Ende des Lebens Fragen, wie ein würdevolles Leben auch in den letzten Tagen oder Wochen des Lebens ermöglicht werden kann. Dafür gibt es Einrichtungen, wenn dies zu Hause nicht mehr möglich ist. Unter Hospiz versteht man nicht mehr nur ein konkretes Haus für Sterbende, sondern ein multi-disziplinäres, ganzheitliches Unterstützungskonzept für sterbende Menschen und ihre Angehörigen, das individuell auf deren Bedürfnisse angepasst wird.

Eine solche Einrichtung ist auch für unsere Region geplant.

Am 20.1.2018 wurde der Hospizverein Böblingen-Sindelfingen gegründet.

Das erste Ziel, der Bau eines Hospizes in der Region Böblingen-Sindelfingen, konnte in die Wege geleitet werden. Voraussichtlich kann das Hospiz 2024 die ersten Gäste empfangen.

Die SPD unterstützt die Bemühungen des Hospizvereins und beantragt die Mitgliedschaft der Stadt Waldenbuch zu einem Jahresbeitrag von 120,00 Euro.

ANTRAG Nr. 5

Carsharing Plätze auf dem Hallenbadparkplatz

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, die Stadt möge mit Anbietern von Carsharing - Modellen, insbesondere mit „Stadtmobil Stuttgart“ in Verbindung treten, um diesen anzubieten, auf dem Hallenbadparkplatz einen oder mehrere Carsharing-Parkplätze einzurichten. Die Stadt sollte bereit sein, die Plätze dafür kostenlos zur Verfügung zu stellen.

BEGRÜNDUNG:

Carsharing-Modelle stellen einen sinnvollen Beitrag zur Ressourcenschonung von Material und Platz dar und unterstützen im sozialen Bereich finanziell schwächere Mitbürger*innen. Daher sollte die Ausweitung von Angeboten des Carsharings grundsätzlich gefördert werden.

Zurzeit unterhält der Anbieter „Stadtmobil Stuttgart“ auf Wunsch und auf dem Grundstück der Firma Ritter Sport, dem Parkplatz vor dem Verwaltungsgebäude, 3 Carsharing Parkplätze. Drei identische Fahrzeuge stehen dort zur Verfügung. Nachdem nicht nur die Firma Ritter Sport die Fahrzeuge anmietet, sondern auch weitere Waldenbacher*innen, wäre es wünschenswert, wenigstens einen Standort auf dem Kalkofen zu haben. Es würde das Abholen und wieder Abstellen der Fahrzeuge wesentlich erleichtern, da viele Mieter die Fahrzeuge dann schnell fußläufig oder mit dem Fahrrad ohne große Mühe erreichen könnten. Dies wiederum fördert die Akzeptanz und Inanspruchnahme von Carsharing.

Auch wenn des Mehrgenerationenhaus zu mehr Parkraumbedarf führen wird, dürfte für einen Carsharing Platz immer noch genügend Platz auf dem Hallenbadparkplatz sein.

ANTRAG Nr. 6

Urnengräber auf dem Friedhof Glashütte

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, weitere Flächen für die Anlegung von Urnengräber auf dem Friedhof Glashütte auszuweisen.

BEGRÜNDUNG:

Die SPD-Fraktion beantragte bereits für das Haushaltsjahr 2005, auf dem Friedhof Glashütte die Anlegung von Grabfeldern für Urnengräber ins Auge zu fassen. Dem Antrag wurde zugestimmt und die Grabfelder wurden auch angelegt. Des Weiteren beantragten wir für das Haushaltsjahr 2010 die Erstellung einer Urnenwand – auch dieser Antrag wurde erledigt. Nachdem auch bei uns in Waldenbuch ein anhaltender Trend zur Urnenbestattung und die verstärkte Nachfrage nach Grabstätten mit geringem bis zu keinem Pflegeaufwand für die Hinterbliebenen zu erkennen ist, stehen uns im unteren Bereich des Friedhofs nur noch wenige Urnengräber zur Verfügung. Bei der Urnenwand (Kolumbarium) steht nur noch eine Urnenkammer zur Verfügung. Dagegen scheint es bei Flächen für Erdbestattungen keine Engpässe zu geben.

Anträge der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

ANTRAG Nr. 1

Auf dem Weg zur inklusiven Stadt

Waldenbuch will eine Stadt sein, in der alle Menschen gut zurechtkommen. Dazu gehört auch, dass die Einrichtungen der Verwaltung für jeden erreichbar und zugänglich sind. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt daher, folgende Maßnahmen bis Ende 2022 umzusetzen und das Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit für weitere Schritte zu kontaktieren.

1. Online-Informationen, Broschüren, Dokument und Formulare werden in einfacher und leichter Sprache veröffentlicht.
2. Barrierefreie Webseite (gemäß Anforderungen nach BITV-Test):
 - a. Video- und Audioinhalte untertiteln
 - b. Vorlesefunktion für Texte
 - c. Wichtige Texte (auch) in leichter Sprache
 - d. Alle Funktionen über Tastatur bedienbar
 - e. Hohe Farbkontrast für leichte Erkennbarkeit
 - f. Erklärende Alternativtexte für Bilder mit einer Bedeutung (Schmuck-Bilder klar als "Layout-Bild" beschreiben)
 - g. Klare, logische Seitenstruktur und responsives Design
 - h. Barrierefreiheitserklärung
3. Sofern keine rechtlichen Gründe entgegenstehen, können Beantragung von Ausweisen, Nachweisen, Ummeldungen usw. online erledigt werden.
4. Für Menschen, die Dinge vor Ort erledigen möchten/ müssen
 - a. Steht ein Büro zur Verfügung, das STETS barrierefrei zu erreichen ist
 - b. stehen Mitarbeiter:innen zur Verfügung, die Menschen mit Behinderung oder Migrationserfahrung gezielt unterstützen. Beispielsweise indem sie übersetzen oder beim Ausfüllen von Dokumenten helfen

BEGRÜNDUNG:

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 geltendes Recht. Sie muss von allen staatlichen Stellen umgesetzt werden. Es handelt sich nicht um eine Spezialkonvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung, sondern sie konkretisiert die anerkannten allgemeinen Menschenrechte auf die Situation von behinderten Menschen. Eine inklusive Stadt lebt von der Vielfalt und schließt alle Menschen mit ein. Die Stadt ermöglicht mit oben

stehenden Maßnahmen die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben, dient als gutes Vorbild und zeigt die Umsetzung möglicher Konzepte auf.

FINANZIERUNG:

Etwa 25.000 Euro

Auswirkungen auf Umwelt und Klima:

Neutral

Arbeitsaufwand der Verwaltung

ANTRAG Nr. 2

Sichere Fußwege in Waldenbuch

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt,
aus Sicherheitsgründen folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Erstellung einer Querungshilfe/Fußgängerüberweg in der Liebenaustraße vor dem Liebenau-Kreisel
2. Erstellung einer Querungshilfe in der Echterdingerstraße unterhalb der Einbiegung des Panoramaweges, gegenüber den Panoramabögen
3. Erstellung einer Querungshilfe in der Nürtingerstraße von der Pfäfflesmühle in den Garnweidenweg. Da dies eine Landesstraße ist, soll sich die Verwaltung an entsprechender Stelle dafür einsetzen.

BEGRÜNDUNG:

Zu 1: Die Liebenaustraße ist eine vielbefahrene Straße und auch von Fußgänger:innen stark frequentiert. Wie der letzte Bericht der Geschwindigkeitsmessungen im Amtsblatt zeigt, sind einige Fahrzeuge in der Liebenaustraße deutlich zu schnell unterwegs (5,2%, bis zu 62 km/h). Es ergibt sich also das Problem, die Straße auf sichere Art und Weise zu überqueren. Eine Querung der unteren Liebenaustraße Richtung Musikerheim ist nur kurz vor dem Kreisel möglich. An dieser Stelle gibt es lediglich wenige Meter Sicht bis zur Kurve, so dass Eltern mit Kinderwagen, Kinder, ältere Personen oder Menschen mit Instrumenten, die zum Musikerheim wollen, stark gefährdet sind.

Zu 2: Fußgänger:innen aus dem Panoramaweg, die die Echterdingerstraße nach oben oder unten laufen wollen, müssen die Echterdingerstraße queren, weil es nur auf einer Seite einen Gehweg gibt. Von oben kommende Fahrzeuge werden, bedingt durch die Rechtskurve und den östlichen Hang, sehr spät wahrgenommen, so dass hier eine schlechte Sichtbeziehung besteht. Diese Gefährdung soll durch eine Querungshilfe reduziert werden.

Zu 3: Die Nürtingerstraße wird häufig von Personen überquert, die vom Städtle zur Liebenau und zum Kalkofen unterwegs sind. Da die Straße oft viel zu schnell befahren wird, gibt es hier eine erhöhte Gefahrenlage, die eine Querungshilfe erforderlich macht. Unser Kenntnisstand ist, dass die Finanzierung beim Land liegt.

FINANZIERUNG:

Im Etat zur Straßensanierung enthalten

Auswirkungen auf Umwelt und Klima:

Positiv, wenn dadurch mehr Personen zu Fuß gehen.

Arbeitsaufwand der Verwaltung

ANTRAG Nr. 3

Haushaltskonsolidierung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt

1. Auf den Kauf von städtischen Räumlichkeiten im zukünftigen Mehrgenerationenhaus wird aus Kostengründen verzichtet
2. Im Haushaltsplan wird dazu gelöscht:

Auftrag 728100000001, Produkt 28100000 Finanzr.Konto 78210000

BEGRÜNDUNG:

Der Kauf der Räumlichkeiten wurde damit begründet, dass ein Versprechen gegenüber Vereinen erfüllt werden soll und um einen öffentlich nutzbaren Raum im Gebäude zu erhalten. Laut einer Umfrage des Vereinsrings im Mai 2021 ergibt sich eher ein geringer Bedarf. Von 17 Vereinen hatten lediglich fünf Vereine Bedarf angemeldet, 12 haben selbst einen Raum zur Verfügung. Zwei der fünf Vereine benötigen diesen Raum nur zur Mitgliederversammlung, der Chorverein sucht einen Proberaum.

Die restlichen zwei Vereine haben mehrmaligen Bedarf erklärt und sind lokale politische Vereine.

Die bisher definierten Finanzpositionen umfassen bereits 500.000 Euro. Dafür gibt es keine Ausstattungs- oder Betriebsbeschreibung. Welche weiteren investiven Aufwendungen notwendig sein werden, ist also völlig unklar. Welche Betriebskosten entstehen werden ebensowenig. Angesichts der schwierigen Haushaltslage und des geringen Bedarfes, erscheint es angemessen, auf den Kauf der Räumlichkeit zu verzichten.

Als Alternative zur Nutzung von Räumen, auch für die Chorprobe, wird verwiesen auf die Nebenräume von Gaststätten, Martinuszentrum, HdB, GpG, Schützenverein, Altes Schulhaus, Sonnenhof nach Sanierung.

Eine weitere Alternative kann sich auch mit der Entwicklung der Zehntscheuer ergeben.

FINANZIERUNG:

Kurzfristige Einsparungen: 500.000 Euro

Mittel- und langfristig: Investitionen und Betriebskosten

Auswirkungen auf Umwelt und Klima:

Neutral

Arbeitsaufwand der Verwaltung:

Gering

Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbands Ammertal-Schönbuchgruppe zum 01.01.2022; - Beschlussfassung zur Änderung der Zusammensetzung

In der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbands der Ammertal-Schönbuchgruppe am 18.11.2021 wurde die Neuordnung der Beteiligungsquoten sowie die Änderung der Verbandssatzung zum 01.01.2022 beschlossen. Dies wirkt sich dergestalt aus, dass die Stadt Waldenbuch zukünftig mit vier Vertretern in der Verbandsversammlung vertreten sein wird (bisher: fünf Vertreter). Der Bürgermeister zählt hierbei als geborenes Mitglied. Die Anzahl für die Entsendung der Vertreter vonseiten der Stadt Waldenbuch in die Verbandsversammlung ist daher durch Beschluss des Gemeinderates unter Anwendung der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes anzupassen.

Der Gemeinderat fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Die Anzahl für die Entsendung von Vertretern vonseiten der Stadt Waldenbuch für die Verbandsversammlung des Zweckverbands Ammertal-Schönbuchgruppe wird nach Anlage 3 zur Gemeinderatsdrucksache Nr. SV/013/2022 auf zukünftig vier Vertreter angepasst.

Haushaltsjahr 2021

- Ermächtigungsüberträge ins Jahr 2022

- Entscheidung über die Inanspruchnahme der Kreditermächtigung

Bürgermeister Lutz informierte das Gremium von der notwendigen Sonderabschreibung der Planungsleistungen in der Nürtinger- / Echterdinger Straße in Höhe von 174.000 €. Zu Lasten der Steuerzahler würde jetzt die Haushaltsbelastung aufgrund des mehrheitlichen Gemeinderatsbeschlusses folgen. Auf diese Nachteiligkeit hatte der Vorsitzende alle Mitglieder vor der Entscheidung, die Ausbaupläne aufzugeben, hingewiesen. Stadtkämmerer Werner Kiedaisch hatte dem Gemeinderat für die Sitzung einen umfangreichen Sachstandsbericht zur aktuellen Finanzlage des Rechnungsjahres 2021 aufgearbeitet. Statt einem geplanten Defizit von 1.291.015 € wird nach ersten Hochrechnungen mit einem positiven Rechnungsergebnis von voraussichtlich ca. 645.000 € gerechnet. Stadtkämmerer Werner Kiedaisch betonte, dass es sich hierbei um einen vorläufigen Zwischenstand handelt, da zum endgültigen Abschluss noch einige Rechnungen im Rechnungsjahr 2021 gebucht werden müssen.

Der Gemeinderat fasste einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die aktuelle Finanzlage des Rechnungsjahres 2021 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bildung von Ermächtigungsüberträgen im Finanzhaushalt bei Investitionsvorhaben 2021 wird in der Gesamtsumme von 4.288.100 € zugestimmt.
3. Auf die Aufnahme eines Darlehens aus der Kreditermächtigung der Haushaltssatzung 2021 in Höhe von maximal 1.070.000 € wird verzichtet.
4. Mit der gegenüber der Haushaltsplanung 2022/23 voraussichtlich höheren Liquidität aus 2021 von ca. 85.000 € werden die bislang eingeplanten Kreditaufnahmen im Jahr 2022 von 2,35 Mio. € entsprechend reduziert.

Annahme von Spenden

Zur Annahme von Spenden hat der Gemeinderat bereits früher Regelungen getroffen. Danach können Geld- oder Sachspenden über einem Wert von 100 € vom Bürgermeister nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates angenommen werden. In der Sitzung entschied der Gemeinderat im Einzelfall über die Annahme von sechs Spenden. Die Spender werden eine Spendenbescheinigung von der Stadtverwaltung erhalten.

-rhi-